

Die ukrainische Demokratie braucht eine starke und von den politischen Eliten unabhängige Zivilgesellschaft

DR. STEFAN CHROBOT

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Büro für die Ukraine und Belarus

www.fes.kiev.ua

Ein Rückblick auf den Machtkampf zwischen den Eliten in 2008

Ende 2007 wählte das Parlament auf Vorschlag von Präsident Juschtschenko Julia Tymoschenko zur Premierministerin. Amtsvorgänger Viktor Janukowitsch von der Partei der Regionen konnte nach vorzeitigen Wahlen im September 2007 keine neue Koalition bilden. Auch Tymoschenkos Koalition mit „Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung“ drohte bis zuletzt an der individuellen Posten- und Machtverteilung zu scheitern. Politische Inhalte waren bei der Regierungsbildung nachrangig.

Der Präsident ließ sich auf den Vorschlag für Tymoschenko ein, und gegen Janukowitsch, weil sie ihm nach seinem Machtkampf mit Janukowitsch damals das kleinere Übel war. Juschtschenko hatte zeitweise auch an ein Bündnis mit der Partei der Regionen gedacht. Mit Rinat Achmetow ließ er diskret verhandeln. Dies wäre für Juschtschenko ein Schachzug gegen Tymoschenkos Popularität als Premierministeramt gewesen, denn für Juschtschenko ist Tymoschenko die Hauptkonkurrentin für die herannahenden Präsidentschaftswahlen 2010. Ein Bündnis zwischen Juschtschenko und Achmetow hätte aber wohl erfordert, Janukowitsch zu entmachten. Dazu kam es aber nicht und so ergaben sich das labile Bündnis zwischen Tymoschenko und Juschtschenko. Wie schon 2005 in Tymoschenkos erster Amtszeit entwickelte sich daraus rasch ein feindlicher Machtkampf zwischen Premierministerin und Präsident.

Tymoschenko scheiterte 2005 nach wenigen Monaten im Amt unter anderem am Konflikt mit Juschtschenko. Im politischen und wirtschaftlichen Krisenjahr 2008 war Tymoschenkos Amtsführung gereifter, weniger emotionell und qualifizierter. Ihre Mehrheit im Parlament war aber äußerst knapp und es gab es potentielle Überläufer. Auch führte die Kompetenzaufteilung zwischen Regierung und Präsidialverwaltung rasch zu Problemen. Juschtschenko machte es Tymoschenko von Beginn an schwer. Sie konzentrierte sich deshalb auf den Machtkampf. Sach- und Fachpolitik wurden zur Nebenfrage. 2008 war geprägt von den Themen: Kompetenzstreit zwischen Präsident,

Regierung und Parlament; Mehrheitsverlust; politische Überläufer; Parlamentsauflösung; Neuwahlen die nicht erfolgten; innenpolitischer Streit um Kaukasuskrise und die russischen Öl- und Gaspreise; unklare Koalitionsauflösungen; wechselnden Koalitionsneubildungsabsichten; Rücktritt Jazenjuk, Wahl von Litwin; neue Koalition und Bündnis Juschtschenko mit Tymoschenko. Nach dem chaotischen Jahr 2008 ist Tymoschenko 2009 weiterhin Premierministerin.

Politische Systemreform und Kompetenzneuverteilung scheitern

Gescheitert ist die Neuregelung der Verfassungszuständigkeiten zwischen Regierung, Parlament und Präsident. Tymoschenko wollte die Regierung und das Parlament stärken, zu Lasten der Präsidialverwaltung. Eindeutige Prioritäten sind tatsächlich dringend erforderlich, entweder weiter voran zum parlamentarischen System oder zurück zum präsidialen System. Weil dazu eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit benötigt wird, um das Veto des Präsidenten zu überstimmen, hätte Tymoschenko auch mit ihren Gegnern aus der Partei der Regionen kooperiert. Im September 2008 stimmte Tymoschenkos Fraktion mit der Partei der Regionen für Machteinschränkungen des Präsidenten. Juschtschenko betrachtete danach die Koalition als gescheitert. Aber auch Juschtschenkos Parlamentsauflösung mit Neuwahlen fiel aus und Tymoschenko nahm von ihrer eigenen Initiative abstand. Im Ergebnis ist die eigentlich benötigte Neuregelung der politischen Aufgabenverteilung in der Ukraine gescheitert. Juschtschenko hat es geschafft, Gesetzes- und Verfassungsänderungen gegen ihn und das immer noch weitgehend präsidialen Systems zu verhindern.

Dauerkonkurrenz der drei Grossen der ukrainischen Politik

Der häufige Wechsel Annäherung und Distanzierung und die Austragung von Streit mit allen verfügbaren juristischen und bürokratischen Waffen kennzeichnen das Dauerkonkurrenzverhältnis zwischen Juschtschenko, Tymoschenko und Janukowitsch. Die drei „Großen“ politischen Akteure taktieren abwechselnd gegeneinander und miteinander. Dass dies ohne Gewaltanwendung erfolgt, sollte neben der berechtigten Kritik an der ukrainischen Politik international positiv wahrgenommen werden. Die „Grossen“ bedienen sich der Hilfe kleiner Bündnispartner, wie der kleinen Parteien im Parlament, der beeinflussbaren Justiz oder nationalen Kommissionen. Solche labilen Bündnisse sind ein politisches Tauschgeschäft: Die „Kleinen“ geben Unterstützung und erhalten dafür Vorteile von den „Großen“.

Da eine Transformation vom präsidialen zum parlamentarischen politischen System scheiterte, wird die Präsidentschaftswahl 2010 der wichtigste Eckpunkt der ukrainischen Politik bleiben. Für die drei „Großen“ ist bleibt Präsidentschaftswahl damit das übergeordnete Thema. Wahrscheinlich ging Tymoschenko ebenso wie Juschtschenko und weitere Konkurrenten bisher davon aus, dass

Premierministerposition und Präsidentenamt gute Ausgangspositionen sind. Ob dies unter den wirtschaftlichen Krisenbedingungen noch gilt, ist unklar

Inflation und Wirtschaftskrise schaffen neue Bedingungen

Die Ukraine durchlitt nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems wirtschaftlich schwierige 90er Jahre. Der Armutszeit folgten von 2000 bis 2007 Jahre hohen wirtschaftlichen Wachstums, dazwischen die Orangen Revolution von 2004. Dies bewirkte einen Demokratisierungsschub, der wegen Versagens der politischen Eliten aber schon bald stagnierte. Seit 2008 stockt die Wirtschaft. Ende 2008 schlitterte sie in eine schwere Krise. Im ersten Halbjahr sprang die Inflationsrate sprang auf etwa 25 %. Für Tymoschenko, bisher eine erfolgreiche Populistin, war dies eine schwierige Herausforderung. Anfang 2008 hatte sie noch mit der Auszahlung von Sowjetsparguthaben ihre Beliebtheit erhöht. Die Inflation weckte in der Bevölkerung aber schlechte Erinnerungen an die 90er Jahre. Die Inflation zwar schon vor Tymoschenkos Amtsübernahme absehbar, aber Tymoschenko stand nun in der Verantwortung. Regieren wurde unattraktiver. Eine populistisch verwertbare Möglichkeit des Ausstiegs aus dem Regierungsamt ergab sich aber nicht und die Präsidentschaftswahlen waren noch zu fern.

Nach der Sommerpause 2008 wurde die Wirtschafts- und Finanzkrise zur Hauptsorge. Dies überraschte viele, gedachten, dass die Ukraine wegen ihres spezifisch oligarchischen und zwischen Staat und Politik verwobenen Wirtschaftssystems immun sei gegen die internationale Finanzkrise. Doch Ende 2008 und Anfang 2009 trifft es die Bevölkerung hart. Das Bankensystem ist marode. Die Wirtschaft und Exporte schrumpfen. Der Wechselkurs brach ein und die Kaufkraft sinkt. Soziale Auszahlungen sind gefährdet und es gibt Massenentlassungen. Die Wachstumsjahre gingen zu Ende und die ukrainische Wirtschaft befindet sich Anfang 2009 im Absturz.

Regieren verliert dieser Situation an Attraktivität. Den konkurrierenden politischen Lagern ist dabei eine Zusammenarbeit im nationalen Interesse weiterhin fremd. Tymoschenkos Popularität könnte weiter Schaden nehmen, wenn sie keine Lösungen findet. Am Anfang der Krise agiert die Regierung eher beruhigend. Es werde nicht zu Negativwachstum kommen und auch der Arbeitsmarkt werde ab 2010 keine Sorgen mehr bereiten. Die Bevölkerung macht sich aber zunehmend Sorgen. Sie trägt auch die wirtschaftliche und soziale Hauptlast. Angst kommt auf um die Renten auf, weil die Einnahmen der Sozialkassen drastisch sinken. Die politischen Eliten nehmen auch jetzt noch vorrangig ihre jeweiligen Eigeninteressen wahr. Politiker aller Lager nutzen nach Meinung der Bevölkerung ihren Einfluss, um sich selbst aus den Antikrisenmaßnahmen zu bereichern.

Machtpolitik dominiert Programmatik; Zivilgesellschaft ist zu schwach

Vorrangig geht es in den andauernden innenpolitischen Kämpfen um den Zugang zu politischer und administrativer Macht, um die Interessen der Politiker, ihrer Klientel und der politischen Investoren aus der Geschäftswelt zu bedienen. Politische Investoren werden benötigt, weil in der Ukraine nahezu die meisten politischen Aktivitäten heute noch von außen finanziert werden müssen. Kaum jemand engagiert sich nur aus Überzeugung und inhaltliche Unterschiede sind nachrangig. Politische Programmdifferenzen werden von westlichen Medien oft deutlich überschätzt, wenn z.B. in „pro-westlich und demokratisch“ gegenüber „pro-russisch“ unterschieden wird. Auch die politischen Krisen 2008 und 2009 erklären sich nur untergeordnet aus politischen Inhalten und vorrangig aus dem Streben nach staatlicher Macht, um die Interessen der politischen Investoren, der Politiker und ihres Apparates zu bedienen. Dies speist die andauernde Konkurrenz um Machtzugang in variierenden Bündnissen.

Nach dem Demokratieschub der Orangen Revolution 2004 stockte die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Die heutigen politischen Eliten zeigen Anfang 2009 leider wenig Willen und Fähigkeit, die ukrainische Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken, ein Beispiel ist das unbewältigte Korruptionsproblem. Kritiker aus der Gesellschaft halten wegen dieses Versagens der politisch Verantwortlichen einen Elitenwechsel für erforderlich. Eine neue zivilgesellschaftliche Revolution oder durchsetzungsfähige basisorientierte Umgestaltungsbewegungen sind aber bisher nicht in Sicht. Zudem sind die Menschen in der Wirtschaftskrise noch mehr durch wirtschaftliche und soziale Überlebensfragen beansprucht, was zivilgesellschaftliches Engagement behindert. Auch ist die ukrainische Gesellschaft noch sehr vertikal strukturiert, was basisorientierte politische Bewegungen beeinträchtigt, es sein denn sie werden von politischen Investoren gestützt oder durch ein politisch und wirtschaftlich einflussreiches „Dach“ geschützt. Dennoch: in den zurückliegenden Jahren haben sich mit viel Engagement aussichtsreiche Ansätze einer unabhängigen Zivilgesellschaft herausgebildet, die aber noch nicht stark genug sind für substantielle politische Veränderungen. Die erfreulicherweise weiterhin wachsende Zivilgesellschaft muss sich nun in der politischen und wirtschaftlichen Krise so bewähren, damit sie weiter wächst und ihr Veränderungspotential schließlich zur Geltung kommt.